

Wenigsgeld
Die Umsätze von Kaufbüchern
Anzeigenpreis:
Zur 1. Nr. 11 u. Nr. 2008.
Zur 2. Nr. 11 u. Nr. 2008.

Dresdener Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Thüre zu!
Vollkommenster, selbst-
thätiger geräuschloser
Thürschlosser.
80.000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinatus,
Königliche Hofschlosser,
Dresden-N.,
Kurtzstr., Ecke Tschok.
(Fernsprecher II, Nr. 2100.)

Keuchhustensaft (Edelkastanien-Extract)
à Flasche 75 Pf.
Keuchhustepflaster à 50 Pf.
K. Hofapotheke, Dresden, Georgerthor.

**Kaffee- u. Malz-
Röstmaschinen**
Friedr. Möller
Dan- und Maschinen-Schlosser,
15 kleine Brüdergasse 15

Weihnachts-Neuheiten
Photographie-Albums, Damentaschen, Portel.-Waaren
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 3.

Regenschirme aparte **C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.** Pragerstrasse 46. Annenstrasse 9.

Nr. 340. Spiegel: Aufhebung des Verbindungsverbot. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gemeindevor-
räthe, Weihnachtschau, Gerichtsverhandlungen, Dichtabend, „Haus und Herd“.

Aufhebung des Verbindungsverbot.

Als die aus Ultramontanen, Liberalen und Sozialdemokraten bestehende Reichstagsmehrheit die Arbeitswilligenvorlage ohne Kommissionsberatung abgelehnt hatte und so der Umsturzpartei der Triumph bereite, daß sie von ihrem Standpunkte nunmehr mit voller Berechtigung das „Zuchthausgesetz“ einen Kadaver nennen konnte, dem weder ein Armenbegräbnis noch überhaupt ein Begräbnis zu Theil geworden sei, sondern den der Reichstag einfach verscharrt habe, da empfand der Staatssekretär des Innern Graf Bismarck diese unehrerhörte Behandlung einer von dem Bundesrathe einstimmig angenommenen Vorlage als eine Beleidigung der verbündeten Regierungen, die, wie er erklärte, nicht ohne Wirkung auf die Beziehungen zwischen diesen und dem Reichstage bleiben könne. Jedermann glaubte damals, diese Wirkung werde naturgemäß darin bestehen, daß der Bundesrath sich nicht veranlaßt sehen würde, den Forderungen jener demokratischen Reichstagsmehrheit entgegenzukommen. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil der Fall. Der thatsächliche Effekt der Ablehnung der Arbeitswilligenvorlage durch die Bismarck'sche Reichstagsmehrheit besteht darin, daß die verbündeten Regierungen den Willen dieser Mehrheit nicht mehr bloss in negativer, sondern jetzt auch in positiver Hinsicht respektiren. Wiederholt hat jene Mehrheit die Forderung gestellt, daß das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben werden müsse. Drei Jahre lang haben die verbündeten Regierungen geantwortet, diese Forderung zu erfüllen. Jetzt, nachdem sie von der Reichstagsmehrheit soeben so unhöflich wie nur irgend möglich behandelt und ihre eigenen, als eine absolut unerlässliche Staatsnothwendigkeit bezeichneten Forderungen mit der größten Schroffheit verweigert worden sind, halten sie den Zeitpunkt für geeignet, dem Verlangen der Reichstagsmehrheit zu entsprechen. Der Wille der Opposition, die ihre Hand schlagend über den sozialdemokratischen Terrorismus gehalten hat, wird vollstreckt, der Wille derjenigen Parteien, welche die verbündeten Regierungen bei ihrem antisozialdemokratischen Aktionsversuche unterstüzt haben, ignoriert.

Der Eindruck, den die Kapitulation des Bundesraths vor der Bismarck'schen Reichstagsmehrheit hervorruft, wirkt um so deutlicher, als der Antrag, dem der Reichstanzler vorgehen im Namen der verbündeten Regierungen zugestimmt hat, die Eifersucht „Bismarck“ trägt. Dieser nationalliberale Führer war die Seele des schroffen Widerstandes gegen die Arbeitswilligenvorlage und daher war auch er der Erste, der den Reichstanzler mit herzlichster Genugthuung begrüßte. Diese Genugthuung ist leider nur allzu sehr berechtigt; denn das Entgegenkommen des Reichstanzlers bedeutet einen weiteren Schritt auf der Bahn der von Bismarck und Genossen erstrebten Entwicklung der inneren Politik, in der Richtung nämlich, daß die verbündeten Regierungen fortan davon absehen, der Sozialdemokratie in ihrer Fortentwicklung Schwierigkeiten und Hemmnisse entgegenzustellen und die Ausübung dieser Partei zu einer friedlichen Reformbewegung zu erschweren. Als weiterer Statutal erschien der Centrumsführer Bismarck. Er ließ deutlich genug durchblicken, daß auf dem von dem Reichstanzler eingeschlagenen Wege die Freundschaft des Centrum zu gewinnen sei, mit der ja Bismarck allerdings bei der neuen Fiktionsvorlage und der Durchbringung der Kanalvorlage rechnen muß. Willfährigkeit gegen das Centrum, das in der Kern des Bismarck'schen Bündnisses, führt zum Ziele. Kleine Geschenke, bemerkte der ultramontane Redner, erhalten die Freundschaft. Aber das Centrum fordert noch mehr Geschenke, noch mehr Gegenleistungen. Die Erklärung des Reichstanzlers, sagte Bismarck, läßt hoffen, daß auch andere Wünsche des Reichstages, welche bisher einer wenig wohlwollenden Aufnahme bei den verbündeten Regierungen begegneten, in erneute wohlwollende Erwägung gezogen werden. Man denke z. B. nur an die Jesuiten und die Diätenfrage. Nil admirari! Unter dem neuen Karik darf man über nichts mehr in Erfahrung geraten und es könnte wirklich nicht verwundern, wenn demnach der Reichstanzler im Reichstage, und zwar noch vor der Einbringung der neuen Fiktionsvorlage, im Namen der verbündeten Regierungen die feierliche Erklärung abgeben würde, daß die Jesuiten als die besten Freunde des Deutschen Reiches wieder in Deutschland zugelassen sind und die Mitglieder des Reichstages für die aufstrebenden Dienste, die sie dem Vaterlande leisten, pro Nase und pro Tag 15 Mk. Diäten erhalten. Eugen Richter würde zwar auch dann keine Veranlassung fühlen, den Reichstanzler „besonders anzufingen“, wie er sich vorgelesen ausdrückte; er würde vermutlich wiederholen, was er am Mittwoch sagte: „Ich kann dem Herrn Reichstanzler nur sagen: Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt, Graf Holan. Doch diesmal entschuldigst nicht ein weiter Weg Euer Säumen. Sie hätten schon früher kommen können.“ Der grüme Richter-Hagen würde auch im Falle der Diätenbewilligung der Fiktionsvorlage gegenüber unentwegt auf seinem Standpunkte beharren; aber vielleicht würden dann manche seiner Rummelungen genügt sein, die Verstärkung der Flotte in etwas freundlicherem Lichte zu bezeichnen.

Der sozialdemokratische Führer Singer quittete auf das Entgegenkommen des Reichstanzlers und des Bundesraths mit den Worten: „Alles, was Sie thun, schlägt zu unserem Vortheile aus“

das ist eben die unüberwindliche Macht der Sozialdemokratie! Durch die Arbeitswilligenvorlage hatten die verbündeten Regierungen den sozialdemokratischen Terrorismus bekämpfen wollen, und jetzt, als die Bismarck'sche Mehrheit die Mittel hierzu verweigerte, gehen sie selber mit der Aufhebung des Verbindungsverbot eine Handhabe preis, die wenigstens zum Zwecke der Erlangung von antisozialdemokratischen Gegenleistungen geeignet war, die unzulässliche Agitation einigermaßen einzudämmen. Bei der Beratung der preussischen Vereinsgesetzvorlage hatte die Berliner Regierung mit der größten Entschiedenheit erklärt, daß die Aufhebung des Verbindungsverbot nimmermehr ohne Garantien gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts gewährt werden könne. Noch am 20. November hatte Graf Bismarck dem Reichstage eine ähnliche Erklärung abgegeben. Kaum drei Wochen später verkündet der Reichstanzler, daß der Antrag Bismarck's bedingungslos angenommen wird, weil jene kurz vorher verlangten Garantien nicht mehr nötig seien. Und dies geschieht, obwohl die Sozialdemokratie inzwischen als „erste Fortschritt der Reichstagsmehrheit zur Zuchthausvorlage“ einen Gegenentwurf zum „Schutze des Koalitionsrechts“ eingebracht hat, der die systematische Legalisirung des umwälzlichen Streik-Terrorismus auf allen Gebieten fordert und von Neuem den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie in vollem Umfange erkennen läßt. Noch vor wenigen Tagen beklagte es die Berliner Regierung in der halbamtlichen „Berl. Kor.“ auf das Lebhafteste, daß den verbündeten Regierungen durch die Haltung der Bismarck'schen Reichstagsmehrheit die Ausübung der Pflicht der Staatsverwaltung und der Abwehr des inneren Feindes in unberechenbarem Umfange erschwert werden. Und jetzt beklagen die verbündeten Regierungen die Bismarck'sche Mehrheit in dieser ihrer Haltung, indem sie die Forderungen derselben Mehrheit bereitwillig erfüllen und selber, wie der Führer der deutschkonservativen Fraktion v. Levetzky vorgehen meinte, Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen liefern. Am 20. November dieses Jahres sagte Graf Bismarck: Ob die Sozialdemokratie weiter fortzuschreiten wird zum Schaden des Reiches, das wird in erster Linie abhängen von der Stärke der Regierungen. Am 6. Dezember giebt der Reichstanzler eine Erklärung ab, die nach der zutreffenden Auffassung des Führers der Freikonservativen „der erste Schritt ist zu einer weiteren Vahmlegung der ohnehin durchaus unzureichenden Mittel gegen die Sozialdemokratie“. Der Reichstag hat vorerwähnt wieder einmal jenes betäubende Schauspiel, wie es zu Capri's Zeiten wiederholt erlebt worden ist: der Reichstanzler beglückwünscht und umhüllt von der ganzen Linken und im Gegensatz zu demjenigen Parteien, welche die Bekämpfung der Sozialdemokratie für das wichtigste Gebot einer nationalen Staatsverwaltungspolitik halten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Dezember.

Berlin, Reichstag. Der schätzbare Antrag Jacoby, betr. die Fänge des Erlöses des Mandats des Abg. Kovich wegen Eröffnung des Konkurses über dessen Vermögen wird an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. Staatssekretär Graf Bismarck erklärt dazu: In der Presse wird behauptet, ein Mitglied des Reichsamts des Innern habe sich dahin ausgesprochen, ein Mitglied des Reichstages bürge nicht ohne Weiteres sein Mandat ein, auch wenn eine Voraussetzung für die Wählbarkeit desselben in Bezug gekommen sei. Ich weiß nicht, welches Mitglied des Reichsamts des Innern sich so ausgesprochen haben soll. Es würde das auch gar keinen Werth haben, da nach Artikel 27 der Verfassung der Reichstag selbst die Legitimation seiner Mitglieder prüft und darüber entscheidet. — Eine jede Debatte werden die Geheimnisse betr. Aufhebung des Verbindungsverbot für politische Vereine, sowie betr. die Frankfurter Versicherung der Heimarbeit in dritter Lesung definitiv genehmigt. Eine Petition von Zubehörfähigen in Leipzig und Frankfurt a. M. frecht eine Abänderung der Strafbestimmungen gegen fahrlässige Gefährdung von Eisenbahntransporten, soweit es sich um diese Straßenbahnen handelt, an und fordert den Erlass eines allgemeinen Reichsgesetzes über Anlage und Betrieb von Straßenbahnen. Die Kommission beantragt, die Petition, insoweit sie unter Umständen leichtere Strafen als § 316 des Strafgesetzbuchs für ausreicht, für zulässig erklärt wissen will, dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu empfehlen, soweit sie dagegen ein Reichsgesetz für Straßenbahnen will, dem Reichstanzler als Material zu überweisen. In Verbindung hiermit werden die Anträge Agiter und Genossen (Soz.) und Bismarck und Genossen (nat.-lib.) beraten, welche beide in Form von Gesetzentwürfen die einschlägige Strafbestimmung des § 300 des Strafgesetzbuchs ergänzen sollen. Der Antrag Bismarck will auch Geldstrafe bis zu 900 Mk. zulassen, während zur Zeit bei Gefährdung von Eisenbahntransporten nur auf Gefängnis erkannt werden kann. Der Antrag Agiter will für den Fall milderer Umstände ebenfalls Geldstrafe und zwar bis zu 500 Mk. möglich machen. Nachdem Abg. Singer (Soz.) für den Antrag Agiter und der Abg. Bismarck und Genossen für den Antrag Bismarck eingetreten sind, wird der letztere mit großer Mehrheit angenommen und über die Petition gemäß dem Antrage der Kommission beschloffen. — Eine Petition von Postagenten um Pensionsberechtigung und Erstattung von Dienstaufgaben wird von dem Abg. Bachmeier, Erla, Werner und Dörsch voran empfohlen, insoweit die Erstattung von Dienstaufgaben ebeten wird. Dem Antrage der Kommission entsprechend wird dann auch dieser Teil der Kommission dem Reichstanzler zur Berücksichtigung überwiesen, wogegen über die Bitte um Pensionsberechtigung Uebertragung zur Tagesordnung beschloffen wird. — Eine Reihe von Petitionen um Erhöhung des Polles auf gefahrene Fertige beantragt die Kommission dem Reichstanzler als Material zu überweisen. Von den Abg. Richter und Genossen liegt ein Antrag

auf Uebertragung zur Tagesordnung vor. Auf Antrag des Abg. Dornes, welcher auf die schwache Bedeutung des Landes hinweist und zugleich hervorhebt, ein wie großes Interesse weite Volkstheile an diesem Gegenstande hätten, wird die Petition für heute von der Tagesordnung abgesetzt. — Ueber eine Petition betr. Ermäßigung von Militärpensionen an Reichsbahnbeamte neben deren Civildienstleistungen beantragt die Kommission Uebertragung zur Tagesordnung. Abg. Graf Erla beantragt Ueberweisung als Material an den Reichstanzler. Das Haus beschließt demgemäß. — Zu einer Petition betr. Erlass eines Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen wird vom Bundesrathstisch aus bemerkt, daß die Verhandlungen über ein solches Gesetz mit den verbündeten Regierungen noch nicht abgeschlossen seien. Zutunemitt den Wünschen, welche die Interessenten zu dem vorläufigen Entwurfe geäußert hätten, zu entscheiden sei, darüber schwebten noch Erwägungen. — Ueber eine Petition aus Helgoland, betr. die Zulassung der sogenannten Fremden-Frauen auch über den 1. Januar 1900 hinaus wenigstens bis 1910, wird längere Zeit gesprochen. Abg. Stadthagen (Soz.) ist für eine Entschädigung der Gemeindefrauen, deren Civildienstleistungen durch Aufhebung der Fremden-Frauen angegriffen worden seien. Abg. Werth (frei. Volksp.) befreit, daß aus einer solchen Verfolgung ein Vermögensrecht herzuweisen sei. Uebrigens sei es interessant, wie Stadthagen hier für das Eigentumsrecht eintrete. Die Petition wird nach dem Antrag der Kommission durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. — Nächste Sitzung Montag mit der Tagesordnung: Erste Lesung des Etats.

Berlin. Der Bundesrath überweist heute den Entwurf zum Vollzugs- und Pensions-Etat der Reichsbahnbeamten und eine Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegeleihe den zuständigen Ausschüssen. Dem Entwurf einer Verordnung, betr. Verschärfung der Einfuhr wegen Verfehrung, wurde zugestimmt. — Die Nord. Allg. Ztg. tritt der Angabe entgegen, daß der sächsische Finanzminister in der sächsischen Zweiten Kammer gesagt habe: Die Renten der sächsischen Staatsbahnen seien zurückgegangen, weil die preussische Eisenbahnverwaltung in sächsischer Weise den Güterverkehr um Sachen herum leite. Nicht ein Wort über eine Abänderung sei von dem Minister gegen die preussische Eisenbahnpolitik gefallen. Es sei das auch ganz natürlich, da die zwischen Preußen und Sachsen seit Jahren bestehenden Vereinbarungen über die Verfehrung in nichts geändert seien, sondern zur beiderseitigen Zufriedenheit funktionirten. Weiter heißt es in der offiziellen Auslassung: Auch sonst liegen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens irgend welche andere Differenzen zwischen den beiden Staaten nicht vor, es ist vielmehr das beiderseitige Verhältnis der Staatsbahnen ein vorzügliches und in keiner Beziehung getrübt. Namentlich hat Preußen nicht daran gedacht, noch denkt es jetzt daran, Maßregeln zu erlassen, welche Sachsin nach Bayern, Württemberg, Baden, Mecklenburg oder Thüringen gegenüber, um einen von diesen Staaten zu zwingen oder zu veranlassen, sich der preussisch-sächsischen Eisenbahngemeinschaft anzuschließen. Das Verhältnis mit allen diesen Staaten ist vielmehr ein völlig freies und befriedigendes. Sogar die Fragen, welche der Erwerb der sächsischen Privatbahn naturgemäß nach besserer Ausnutzung des Eisenbahnbetriebs mit sich bringen müßte, und die nicht ohne finanzielle Nachteile für sächsische Bahnen, namentlich badische Bahnen durchgeführt werden könnten, sind in durchaus loblicher Weise und mit gegenseitigem Einverständnis geordnet worden. — Die „Freuztg.“ weist darauf hin, daß während wegen Opposition gegen die Kanalvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus eine große Anzahl gesonnenen Beamter auf Vorschlag des Staatsministeriums zur Disposition gestellt worden sei. Abg. Hohenlohe der Mehrheit im Reichstage, welche gegen das Arbeitswilligen-Gesetz stimmte, mit seiner fetigen Erklärung wegen Aufhebung des Verbindungsverbot, weit entgegenkommender die Hand reiche, um sie für die Kanalvorlage milde zu stimmen. Man glaube eben, den Konservativen mehr bieten zu können, als der Opposition des Centrums und der Liberalen. Die Konservativen, so falksthe Fürst Hohenlohe, würden trotz alledem doch für die Flotte stimmen, die Linke und das Centrum aber müsse man durch Entgegenkommen locken. Es liegt, schließt die „Freuztg.“, für die Konservativen die Verstärkung nur zu nahe, es werde, wenn die Fiktionsvorlage unter ihrer Mitwirkung eine erfreuliche Erledigung im Reichstage gefunden habe, in Preußen erst recht der Kampf mit der Kanalvorlage gegen die Konservativen fortgeführt. Sollte der sächsische Wunsch des Liberalismus, bei allem Konflikt der Regierung mit den Konservativen im Trauben sischen zu können, sich erfüllen, so wäre das allerdings der stolze Stein in der Politik des Fürsten Hohenlohe.

Berlin. Die Nachfrage nach Kohlen ist so ungeheuer, daß die Beherren mit ihren einheimischen Arbeitskräften nicht befreiben können; die städtisch-wirtschaftlichen Grundbesitzer haben deshalb städtische Vergelte angeworben. 300 dertartige Arbeiter sind bereits auf Sonderzügen zum Rheine beordert worden. Der Grund für diese starke Auswanderung liegt in den niedrigen Löhnen von Eisenwerk, sowie in dem Brudersladen-Gesetz und dessen Handhabung. — Aus Odesa wird gemeldet: Die Kohlennoth in Südrussland steigt. Im Gouvernement Kiew sind die Bahnen nur betriebsfähig, weil sie englische Kohlen haben. Dampfer und Fabriken müssen Holz oder Kaphisba feuern oder den Betrieb einstellen, wenn es nicht gelingt, englische Kohlen zu beschaffen. Die Preise steigen in Folge dessen anhaltend. — Die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mehl im deutschen Zollgebiet betragen in der Zeit vom 1. Januar bis Ende November in Doppelcentnern: Weizen 15,119,172, Roggen 5,370,865, Hafer 2,824,946, Gerste 9,917,398, Weizenmehl 214,615, Roggenmehl 11,910. Die Ausfuhr stellte sich auf: Weizen 3,081,057, Roggen 1,427,122, Hafer 861,398, Gerste 250,261, Weizenmehl 319,082, Roggenmehl 1,125,896. — Im Konfuz Fidor Behrend's, welcher wegen seines Umfanges das größte Ansehen erlangt, wurden die nicht bevorrechtigten Forderungen im Prüfungstermin auf 4,158,000 Mk. geschätzt, hieron aber die Gefälligkeit-Accente z. in Höhe von einer Million vom Verwalter getrichen. Nach Deckung der bevorrechtigten Forderungen und Kosten von 30,000 Mk. würden 325,400 Mk. oder 10 Prozent auf 3,350,000 Markten verbleiben. Fidor Behrend befand sich mit Genehmigung des Gerichts auf Grund eines ärztlichen Attestes im Sanatorium Weller Hüch bei Dresden; er hat sich nun von dort entfernt, ohne daß bisher sein jetziger Aufenthalt bekannt geworden ist.

Leipzig. Eine internationale Ausstellung für Volkswohl, Angiene und Sport wird hier in sämtlichen Räumen des Rathspalastes vom 20. März bis 15. April 1900 abgehalten werden.

Triumph-Seife